der Europäischen Gemeinschaften

17. Jahrgang Nr. L 325

5. Dezember 1974

Ausgabe in deutscher Sprache

Rechtsvorschriften

Inhalt

I *Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte*

Verordnung (EWG) Nr. 3065/74 der Kommission vom 4. Dezember 1974 zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen anwendbaren Abschöpfungen bei der Einfuhr 1

Verordnung (EWG) Nr. 3066/74 der Kommission vom 4. Dezember 1974 über die Festsetzung der Prämien, die den Abschöpfungen bei der Einfuhr für Getreide, Mehl und Malz hinzugefügt werden 3

★ **Verordnung (EWG) Nr. 3067/74 der Kommission vom 4. Dezember 1974 über die Durchführungsbestimmungen zur Regelung der Zinsvergütung für Darlehen im Hinblick auf die Weiterhaltung von Junggrindern in dem Betrieb 5**

Verordnung (EWG) Nr. 3068/74 der Kommission vom 4. Dezember 1974 zur Änderung der besonderen Abschöpfung bei der Ausfuhr von Weiß- und Rohzucker 7

II *Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte*

Rat

74/590/Euratom :

★ **Entscheidung des Rates vom 26. November 1974 über die Errichtung der Société belgo-française d'énergie nucléaire mosane (SEMO) als gemeinsames Unternehmen 9**

74/591/Euratom :

★ **Entscheidung des Rates vom 26. November 1974 über die Gewährung von Vergünstigungen an das gemeinsame Unternehmen Société belgo-française d'énergie nucléaire mosame (SEMO) 19**

Inhalt (Fortsetzung)

Öffentliche Bauaufträge (Richtlinie des Rates Nr. 71/305/EWG vom 26. Juli 1971, ergänzt durch die Richtlinie des Rates Nr. 72/277/EWG vom 26. Juli 1972) . . .	20
Offene Verfahren	22
Nicht offenes Verfahren	30

Berichtigungen

Berichtigung der Entscheidung der Kommission 74/570/EWG vom 8. November 1974 zur Festsetzung des Mindestverkaufspreises für entbeintes Rindfleisch, für das gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 2360/74 eine Ausschreibung stattgefunden hat (ABl. Nr. L 312 vom 23. 11. 1974).	31
--	----

I

(Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

VERORDNUNG (EWG) Nr. 3065/74 DER KOMMISSION**vom 4. Dezember 1974****zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen
oder Roggen anwendbaren Abschöpfungen bei der Einfuhr**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung Nr. 120/67/EWG des Rates vom 13. Juni 1967 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1996/74⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 13 Absatz 5,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die bei der Einfuhr von Getreide, Mehlen von Weizen und Roggen, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen zu erhebenden Abschöpfungen wurden mit der Verordnung (EWG) Nr. 2524/74⁽³⁾ und den später zu ihrer Änderung erlassenen Verordnungen festgesetzt.

Die Anwendung der in der Verordnung (EWG) Nr. 2524/74 enthaltenen Bestimmungen auf die Angebots-

preise und die heutigen Notierungen, von denen die Kommission Kenntnis erhalten hat, führt zu einer Änderung der gegenwärtig gültigen Abschöpfungen, wie es im Anhang zu dieser Verordnung angegeben wird —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die bei der Einfuhr der in Artikel 1 Buchstaben a), b) und c) der Verordnung Nr. 120/67/EWG genannten Erzeugnisse zu erhebenden Abschöpfungen werden in der Tabelle im Anhang festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 5. Dezember 1974 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 4. Dezember 1974

Für die Kommission

P. J. LARDINOIS

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. 117 vom 19. 6. 1967, S. 2269/67.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 209 vom 31. 7. 1974, S. 1.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 271 vom 5. 10. 1974, S. 9.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 4. Dezember 1974 zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgriß und Feingriß von Weizen oder Roggen anwendbaren Abschöpfungen bei der Einfuhr

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung	RE/Tonne
10.01 A	Weichweizen und Mengkorn	0
10.01 B	Hartweizen	0 ⁽¹⁾ (⁴)
10.02	Roggen	6,26 ⁽²⁾
10.03	Gerste	0
10.04	Hafer	0
10.05 B	Mais, anderer als Hybridmais zur Aussaat	0 ⁽²⁾ (³)
10.07 A	Buchweizen	0
10.07 B	Hirse aller Art, ausgenommen Sorghum	0
10.07 C	Sorghum	0
10.07 D	Anderes Getreide	0 ⁽⁴⁾
11.01 A	Mehl von Weizen und Mengkorn	0
11.01 B	Mehl von Roggen	27,76
11.02 A I a	Grobgriß und Feingriß von Hartweizen	0
11.02 A I b	Grobgriß und Feingriß von Weichweizen	0

(¹) Für Hartweizen mit Ursprung in Marokko, der unmittelbar von diesem Land in die Gemeinschaft befördert wird, wird die Abschöpfung um 0,50 Rechnungseinheiten je Tonne verringert.

(²) Für Mais mit Ursprung in den AASM oder den ÜLG, der in die überseeischen Departements der Republik Frankreich eingeführt wird, wird die Abschöpfung um 6 Rechnungseinheiten je Tonne verringert.

(³) Für Mais mit Ursprung in Tansania, Uganda und Kenia wird die Abschöpfung bei der Einfuhr in die Gemeinschaft um 1,00 Rechnungseinheiten je Tonne verringert.

(⁴) Für Hartweizen und Kanariensaat, die in der Türkei erzeugt und unmittelbar aus diesem Land in die Gemeinschaft befördert worden sind, wird die Abschöpfung um 0,50 Rechnungseinheiten je Tonne verringert.

(⁵) Die zu erhebende Abschöpfung auf Roggen, der vollständig in der Türkei erzeugt und unmittelbar aus diesem Land in die Gemeinschaft befördert wurde, wird durch die Verordnungen (EWG) Nr. 1234/71 des Rates und (EWG) Nr. 2622/71 der Kommission bestimmt.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 3066/74 DER KOMMISSION**vom 4. Dezember 1974****über die Festsetzung der Prämien, die den Abschöpfungen bei der Einfuhr für Getreide, Mehl und Malz hinzugefügt werden**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung Nr. 120/67/EWG des Rates vom 13. Juni 1967 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1996/74⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 15 Absatz 6,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die Prämien, die den Abschöpfungen für Getreide und Malz hinzugefügt werden, sind durch die Verordnung (EWG) Nr. 2017/74⁽³⁾ und die später zu ihrer Änderung erlassenen Verordnungen festgesetzt worden.

Auf Grund der heutigen cif-Preise und der heutigen cif-Preise für Terminkäufe werden die zur Zeit gelten-

den Prämien, die den Abschöpfungen hinzugefügt werden, entsprechend den dieser Verordnung beigefügten Tabellen abgeändert —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die Prämiensätze, die den nach Artikel 15 der Verordnung Nr. 120/67/EWG im voraus festgesetzten Abschöpfungen für Einfuhren von Getreide und Malz hinzuzufügen sind, werden entsprechend den dieser Verordnung beigefügten Tabellen festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 5. Dezember 1974 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 4. Dezember 1974

Für die Kommission

P. J. LARDINOIS

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. 117 vom 19. 6. 1967, S. 2269/67.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 209 vom 31. 7. 1974, S. 1.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 210 vom 1. 8. 1974, S. 4.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 4. Dezember 1974 über die Festsetzung der Prämien, die den Abschöpfungen bei der Einfuhr für Getreide, Mehl und Malz hinzugefügt werden

A. Getreide und Mehl⁽¹⁾

(RE/Tonne)

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung	laufender Monat 12	1. Term. 1	2. Term. 2	3. Term. 3
10.01 A	Weichweizen und Mengkorn	0	0	0	0
10.01 B	Hartweizen	0	0	0	0
10.02	Roggen	0	0	0	0
10.03	Gerste	0	0	0	0
10.04	Hafer	0	0	0	0
10.05 B	Mais, anderer als Hybridmais zur Aussaat	0	0	0	0
10.07 A	Buchweizen	0	0	0	0
10.07 B	Hirse aller Art, ausgenommen Sorghum	0	0	0	0
10.07 C	Sorghum	0	0	0	0
10.07 D	Anderer	0	0	0	0
11.01 A	Mehl von Weizen und Mengkorn	0	0	0	0

⁽¹⁾ Die Gültigkeitsdauer der Lizenz ist gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 2196/71 (ABl. Nr. L 231 vom 14. 10. 1971, S. 28), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3148/73 (ABl. Nr. L 321 vom 22. 11. 1973, S. 13), begrenzt.

B. Malz

(RE/100 kg)

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung	laufender Monat 12	1. Term. 1	2. Term. 2	3. Term. 3	4. Term. 4
11.07 A I (a)	Malz aus Weizen, ungeröstet, in Form von Mehl	0	0	0	0	0
11.07 A I (b)	Malz aus Weizen, ungeröstet, außer in Form von Mehl	0	0	0	0	0
11.07 A II (a)	Malz, anderes als aus Weizen, ungeröstet, in Form von Mehl	0	0	0	0	0
11.07 A II (b)	Malz, anderes als aus Weizen, ungeröstet, außer in Form von Mehl	0	0	0	0	0
11.07 B	Malz, geröstet	0	0	0	0	0

VERORDNUNG (EWG) Nr. 3067/74 DER KOMMISSION

vom 4. Dezember 1974

über die Durchführungsbestimmungen zur Regelung der Zinsvergütung für Darlehen im Hinblick auf die Weiterhaltung von Jungrindern in dem Betrieb

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 805/68 des Rates vom 27. Juni 1968 über die gemeinsame Marktorganisation für Rindfleisch⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1855/74⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 22a Absatz 3 und Artikel 25,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Einige Mitgliedstaaten wurden durch Artikel 4a der Verordnung (EWG) Nr. 1967/74 des Rates vom 23. Juli 1974 zur Einführung eines Prämiensystems für eine geregelte Vermarktung bestimmter ausgewachsener Schlachtrinder⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2803/74⁽⁴⁾, zur Gewährung einer Zinsvergütung für Darlehen im Hinblick auf die Weiterhaltung von Jungrindern in dem Betrieb ermächtigt.

Die Durchführungsbestimmungen dieser Regelung müssen sicherstellen, daß nur den Erzeugern die Zinsvergütung gewährt werden kann, denen die Weiterhaltung ihrer Jungrinder Schwierigkeiten bereiten kann. Ferner sind der Betrag, der gewährt werden kann, sowie die zulässigen Kategorien von Jungrindern zu bestimmen.

Es empfiehlt sich, einige Bestimmungen vorzusehen, die es ermöglichen, die Einhaltung der von den Erzeugern eingegangenen Verpflichtungen zu kontrollieren, die jedoch auch mögliche Fälle höherer Gewalt berücksichtigen⁽⁵⁾. Durch die Mitteilung der von den Mitgliedstaaten ergriffenen Maßnahmen und der Zahl der Jungrinder, für die die Zinsvergütung gewährt wurde, wird es der Kommission möglich sein, das Ausmaß und die Wirksamkeit dieser Maßnahme zu beurteilen.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Rindfleisch —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

(1) Die Mitgliedstaaten, die von der in Artikel 4a Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1967/74 vorgese-

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 148 vom 28. 6. 1968, S. 24.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 195 vom 18. 7. 1974, S. 14.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 206 vom 27. 7. 1974, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 300 vom 8. 11. 1974, S. 1.

⁽⁵⁾ Siehe Urteile des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaften 4/68 (Sammlung 1968, S. 549) und 11/70 (Sammlung 1970, S. 1125).

henen Ermächtigung Gebrauch machen, bestimmen die Betriebsinhaber, denen die Zinsvergütung gewährt werden kann.

(2) Die Höhe der Zinsvergütung ist gleich einem Betrag, der den in Höhe von jährlich 8 % gezahlten Zinsen für Darlehen entspricht, deren Höhe 40 Rechnungseinheiten je in Frage kommendes Jungrind nicht übersteigen darf, und zwar bis zu einer Höchstzahl von 25 Tieren.

Artikel 2

Im Sinne dieser Verordnung gelten als in Frage kommende Jungrinder

- a) die in Anhang II der Verordnung (EWG) Nr. 320/73 der Kommission vom 31. Januar 1973 über die Bestimmung der auf den repräsentativen Märkten der Gemeinschaft festgestellten Preise für Kälber und für ausgewachsene Rinder⁽⁶⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 646/74⁽⁷⁾, bestimmten Kälber ;
- b) die höchstens 30 Monate alten Jungrinder, für die festgesetzt werden kann, daß eine Mast während eines Zeitraums von mindestens drei Monaten zur Erreichung der vom Schlachtviehmarkt vorgeschriebenen normalen Endmastbedingungen erforderlich ist.

Artikel 3

Die Zinsvergütung wird für nach dem 7. November 1974 gewährte Darlehen und für einen Zeitraum gewährt, der am Tag der Darlehensgewährung beginnt und am Tag der Veräußerung des in Frage kommenden Jungrindes endet, spätestens aber am 30. April 1975.

Artikel 4

(1) Außer der in Artikel 4a Absatz 2 zweiter Unterabsatz der Verordnung (EWG) Nr. 1967/74 genannten Verpflichtung muß der Antrag auf Zinsvergütung insbesondere enthalten :

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 36 vom 8. 2. 1973, S. 13.

⁽⁷⁾ ABl. Nr. L 78 vom 23. 3. 1974, S. 20.

- a) die Angabe der Zahl der am Tage der Antragstellung gehaltenen Kälber und mageren Jungrinder, für die die Zinsvergütung beantragt wird ;
- b) die Nachweise, an Hand deren festgestellt werden kann, daß der Antragsteller der Halter der Tiere ist und an Hand deren diese Tiere identifiziert werden können.
- (2) Die Zeitspanne für die Beantragung der Zinsvergütung ist bis zum 31. Januar 1975 begrenzt.

Artikel 5

Wird die in Artikel 4a Absatz 2 zweiter Unterabsatz der Verordnung (EWG) Nr. 1967/74 genannte Verpflichtung für ein Jungrind oder mehrere Jungrinder, für die die Zinsvergütung gewährt wurde, nicht eingehalten, wobei Fälle höherer Gewalt ausgenommen sind, so erfolgt die sofortige Einziehung der entsprechenden Vergütung.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 4. Dezember 1974

Der betreffende Mitgliedstaat teilt der Kommission jeden Fall höherer Gewalt mit.

Artikel 6

Die Mitgliedstaaten, die von der in Artikel 4a der Verordnung (EWG) Nr. 1967/74 genannten Ermächtigung Gebrauch machen, teilen der Kommission die unmittelbar nach ihrer Anwendung ergriffenen Maßnahmen mit.

Diese Mitgliedstaaten teilen der Kommission wöchentlich innerhalb von jeweils 15 Tagen nach der betreffenden Woche die Zahl der Kälber und mageren Jungrinder mit, für die die Zinsvergütung gewährt wurde.

Artikel 7

Diese Verordnung tritt am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Für die Kommission

Der Präsident

François-Xavier ORTOLI

VERORDNUNG (EWG) Nr. 3068/74 DER KOMMISSION

vom 4. Dezember 1974

zur Änderung der besonderen Abschöpfung bei der Ausfuhr von Weiß- und Rohzucker

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung Nr. 1009/67/EWG des Rates vom 18. Dezember 1967 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2476/74⁽²⁾,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 608/72 des Rates vom 23. März 1972 über die Anwendungsregeln im Zuckersektor im Falle eines erheblichen Preisanstiegs auf dem Weltmarkt⁽³⁾, insbesondere auf Artikel 1 Absatz 2,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die besondere Abschöpfung, die bei der Ausfuhr von Weiß- und Rohzucker anzuwenden ist, wurde durch die Verordnung (EWG) Nr. 1791/74⁽⁴⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3063/74⁽⁵⁾, festgesetzt.

Die Anwendung der in der Verordnung (EWG) Nr. 1791/74 enthaltenen Vorschriften, Kriterien und Durchführungsbestimmungen auf die Angaben, über die die Kommission gegenwärtig verfügt, führt dazu, daß die gegenwärtig geltende besondere Abschöpfung bei der Ausfuhr entsprechend dem Anhang zu dieser Verordnung zu ändern ist —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die in Artikel 16 Absatz 1 zweiter Unterabsatz der Verordnung Nr. 1009/67/EWG genannte besondere Ausfuhrabschöpfung für Zucker, festgesetzt im Anhang der geänderten Verordnung (EWG) Nr. 1791/74, wird gemäß den im Anhang genannten Beträgen abgeändert.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 5. Dezember 1974 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 4. Dezember 1974

Für die Kommission

P. J. LARDINOIS

Mitglied der Kommission

(1) ABl. Nr. 308 vom 18. 12. 1967, S. 1.

(2) ABl. Nr. L 264 vom 1. 10. 1974, S. 70.

(3) ABl. Nr. L 75 vom 28. 3. 1972, S. 5.

(4) ABl. Nr. L 187 vom 11. 7. 1974, S. 23.

(5) ABl. Nr. L 324 vom 4. 12. 1974, S. 13.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 4. Dezember 1974 zur Änderung der besonderen Ausfuhrabschöpfung für Weiß- und Rohzucker

(RE/100 kg)

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Bezeichnung der Erzeugnisse	Betrag der besonderen Ausfuhrabschöpfung
17.01	Rüben- und Rohrzucker, fest : A. denaturiert : I. Weißzucker II. Rohrzucker B. nicht denaturiert : I. Weißzucker ex II. Rohrzucker, ausgenommen Kandiszucker	 85,00 62,50 ⁽¹⁾ 85,00 62,50 ⁽¹⁾

⁽¹⁾ Dieser Betrag gilt für Rohrzucker mit einem Rendementwert von 92 v.H. Wenn der Rendementwert des ausgeführten Rohrzuckers von 92 v.H. abweicht, wird der nach den Bestimmungen des Artikels 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1076/72 berechnete Abschöpfungsbetrag angewandt.

II

(Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

RAT

ENTSCHEIDUNG DES RATES

vom 26. November 1974

über die Errichtung der *Société belgo-française d'énergie nucléaire mosane* (SEMO) als gemeinsames Unternehmen

(74/590/Euratom)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 49,

nach Stellungnahme der Kommission,

nach Kenntnisnahme von dem Bericht der Kommission,

auf Vorschlag der Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die Gemeinschaft hat die Aufgabe, durch die Schaffung der für die schnelle Bildung und Entwicklung von Kernindustrien erforderlichen Voraussetzungen zur Hebung der Lebenshaltung in den Mitgliedstaaten und zur Entwicklung der Beziehungen mit den anderen Ländern beizutragen.

Die *Société belgo-française d'énergie nucléaire mosane* (SEMO), nachstehend „Gesellschaft“ genannt, ist von belgischen und französischen Stromerzeugungsunternehmen mit dem Ziel gegründet worden, bei Tihange in der Provinz Lüttich, Belgien, ein Kernkraftwerk mit einer elektrischen Leistung von 870 MW gemeinsam zu bauen, einzurichten und zu betreiben.

Die Gesellschaft hat die Errichtung als gemeinsames Unternehmen beantragt.

Dieses Kraftwerksprojekt schließt sich an das Kraftwerk Chooz an, das unter ähnlichen Bedingungen errichtet wurde und betrieben wird.

Die Errichtung des Kraftwerks Tihange führt zur Schaffung gemeinsamer belgisch-französischer Einrichtungen sowohl auf der Ebene der Stromerzeuger, die die Rolle des Bauherrn und den gemeinsamen Betrieb des Kraftwerks übernehmen, als auch auf der Ebene der mit der Bauausführung beauftragten Unternehmen.

Dank dieser Zusammenarbeit kann in Belgien ein Kraftwerk mit einer wesentlich höheren Leistung errichtet werden, als es in ausschließlich belgischem Rahmen möglich gewesen wäre.

Durch die Erstellung des Kraftwerks wird auf belgischem Staatsgebiet der Aufbau des für die Integration der Kraftwerke hoher Leistung erforderlichen europäischen 380-kV-Netzes beschleunigt.

Die Zusammenarbeit bietet Aussicht auf günstige Folgewirkungen.

Die Satzung der Gesellschaft ist mit den Bestimmungen des Vertrages über die gemeinsamen Unternehmen vereinbar; insbesondere unterliegt nach Artikel 46 der Satzung die Gesellschaft im Falle ihrer Errichtung als gemeinsames Unternehmen den Bestimmungen des Vertrages, den zugehörigen Durchführungsvorschriften und insbesondere den Bestimmungen der vorliegenden Entscheidung —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die Société belgo-française d'énergie nucléaire mosane (SEMO) wird für die Dauer von 25 Jahren, vom Zeitpunkt des Wirksamwerdens dieser Entscheidung an gerechnet, als gemeinsames Unternehmen im Sinne des Vertrages errichtet.

Ziel der Gesellschaft ist es, bei Tihange in der Provinz Lüttich, Belgien, ein Kernkraftwerk mit einer elektrischen Leistung von 870 MW zu bauen, einzurichten und zu betreiben.

Artikel 2

Die dieser Entscheidung beigefügte Satzung der Gesellschaft wird gebilligt. Die Auflösung gemäß Artikel 44 dieser Satzung setzt nach Artikel 50 des Vertrages die Zustimmung des Rates voraus, der auf Vorschlag der Kommission beschließt.

Artikel 10 der Satzung wird durch folgenden Absatz ergänzt :

„Die entgeltliche oder unentgeltliche Übertragung der Aktien der Gesellschaft oder des mit ihnen verbundenen Bezugs- oder Zuteilungsrechts sowie jede Übertragung eines Rechts an den Aktien unter Lebenden oder von Todes wegen können nur zugunsten natürlicher oder juristischer Personen erfolgen, die Angehörige der Unterzeichnerstaaten des Vertrages zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft sind.“

Artikel 3

Diese Entscheidung ist an die Mitgliedstaaten sowie an die Société belgo-française d'énergie nucléaire mosane (SEMO) gerichtet.

Geschehen zu Brüssel am 26. November 1974.

Im Namen des Rates

Der Präsident

J. LECANUET

ANHANG

SATZUNG

der Société belgo-française d'énergie nucléaire mosane (SEMO), Aktiengesellschaft, Brüssel

KAPITEL I

FORM, GEGENSTAND, FIRMA, SITZ, DAUER

Artikel 1

Von den Anwesenden wird eine belgische Aktiengesellschaft gegründet, die zwischen den Inhabern der Gründungsaktien bzw. den Inhabern der in der Folge ausgegebenen Aktien bestehen wird.

Artikel 2

Gegenstand der Gesellschaft im Rahmen des belgisch-französischen Gemeinschaftsprogramms für den Bau von Kraftwerken zur Erzeugung elektrischer Energie nuklearen Ursprungs beiderseits der belgisch-französischen Grenze sind die Errichtung des Kraftwerks von Tihange (Provinz Lüttich) auf belgischem Hoheitsgebiet sowie der Ausbau und der Betrieb des genannten Kraftwerks und ganz allgemein alle Handels-, Industrie-, Grundstücks- und Finanzgeschäfte, die mittelbar oder unmittelbar mit dem vorerwähnten Gesellschaftszweck zusammenhängen, und insbesondere die Ausbildung von Fachkräften für den Betrieb von Atomkraftwerken.

Der Gesellschaftszweck kann von der Hauptversammlung nach Maßgabe von Artikel 70a der vereinheitlichten Gesetze über die Handelsgesellschaften geändert werden.

Artikel 3

Der Name der Gesellschaft ist „Société belgo-française d'énergie nucléaire mosane“, abgekürzt: „SEMO“.

Artikel 4

Sitz der Gesellschaft ist Brüssel, Rue de la Bonté 5.

Durch einfachen Beschluß des Verwaltungsrats kann er an jede andere Stelle derselben Stadt und durch Beschluß der Hauptversammlung der Aktionäre an jede andere Stelle in Belgien verlegt werden.

Jede Änderung des Gesellschaftssitzes wird in den Anhängen zum Belgischen Staatsblatt veröffentlicht.

Artikel 5

Die Gesellschaft wird für die Dauer von dreißig Jahren gegründet, gerechnet vom einunddreißigsten Mai neunzehnhundertachtundsechzig an. Dieser Zeitraum kann verlängert werden.

Sie kann über ihre Dauer hinaus Verpflichtungen eingehen oder zu ihren Gunsten Vereinbarungen treffen.

KAPITEL II

GRUNDKAPITAL, AKTIEN

Artikel 6

Das Grundkapital ist auf zwei Milliarden fünfhundert Millionen Franken festgelegt und teilt sich auf zweihundertfünfzigtausend Aktien von jeweils zehntausend Franken auf.

Das Grundkapital wird zu gleichen Teilen von der „Centre et Sud“ bzw. von zuvor von ihr anerkannten natürlichen oder juristischen Personen und von der „Électricité de France (EDF)“ bzw. von zuvor von ihr anerkannten natürlichen oder juristischen Personen gezeichnet.

Die vorerwähnten zweihundertfünfzigtausend Aktien werden zum Preis von jeweils zehntausend Franken wie folgt in bar gezeichnet:

„Electricité de France (EDF)“: hundertfünfundzwanzigtausend Aktien	125 000
„Sociétés réunies d'Énergie du Bassin de l'Escaut (EBES)“: einunddreißigtausendzweihundertachtundvierzig Aktien	31 248
„Société intercommunale belge de Gaz et d'Électricité (Intercom)“: neunundfünfzigtausendneunhundertachtundneunzig Aktien	59 998
„Interbrabant (Union intercommunale des Centrales électriques du Brabant)“: zwölftausenddreihundertvierundsiebzig Aktien	12 374
„Société d'Électricité de Sambre et Meuse, des Ardennes et du Luxembourg (Esma-lux)“: sechstausendzweihundertneunundvierzig Aktien	6 249
„Centre et Sud“: fünf Aktien	5
„Compagnie générale d'Entreprises électriques et industrielles (Electrobel)“: eine Aktie	1
„Société de Traction et d'Électricité“: eine Aktie	1
„Union des Centrales électriques de Liège, Namur, Luxembourg, Hainaut (UCE Lin-lux-Hainaut)“: zwölftausendvierhundertneunundneunzig	12 499
„Union des Centrales électriques de Campine (UCEC)“: zweitausendsechshundertfünfundzwanzig	2 625
Insgesamt: zweihundertfünfzigtausend Aktien	250 000

Artikel 7

Durch Beschluß der Hauptversammlung kann das Grundkapital nach dem gleichen Verfahren, wie es für Satzungsänderungen gilt, auf einmal oder in mehreren Malen durch Ausgabe neuer Aktien für Sach- oder Bareinlagen oder durch Einbeziehung von Gewinnen, Rückstellungen oder Rücklagen und Gratiszuweisung der genannten neuen Aktien an die Aktionäre oder Erhöhung des Nennwerts der vorhandenen Aktien erhöht werden. Die betreffende Hauptversammlung legt die Bedingungen für die Ausgabe der neuen Aktien oder für die Erhöhung des Nennwerts der vorhandenen Aktien fest und überträgt hierzu ihre Befugnisse an den Verwaltungsrat.

Auf Grund eines Beschlusses nach Maßgabe von Absatz 1 kann die Hauptversammlung ferner aus gleich welchem Grunde eine Herabsetzung des Grundkapitals beschließen, vor allem durch eine Erstattung an die Aktionäre, den Rückkauf und die Anullierung von Aktien der Gesellschaft oder einen Austausch der alten Aktienurkunden gegen neue, wobei deren Zahl gleich oder geringer und deren Nennwert gleich oder anders sein kann.

Die Beschlüsse der Hauptversammlung der Aktionäre über alle in diesem Artikel genannten Fälle einer Kapitalerhöhung oder -herabsetzung dürfen in keinem Fall — aus welchen Gründen auch immer — von dem in Artikel 6 Absatz 2 festgelegten Grundsatz der Teilung in zwei gleiche Hälften abweichen.

Artikel 8

Der Betrag der gezeichneten Aktien ist am Gesellschaftssitz oder an gleich welcher zu diesem Zweck bezeichneten Stelle einzuzahlen.

Mindestens zwanzig Prozent sind bei der Zeichnung einzuzahlen und der Rest binnen einer Höchstfrist von fünf Jahren auf einmal oder in mehreren Malen entsprechend dem Bedarf der Gesellschaft zu den vom Verwaltungsrat bestimmten Zeitpunkten und in der von ihm festgelegten Höhe.

Die Aufforderungen zur Einzahlung werden den Aktionären mindestens einen Monat vor dem für die jeweilige Zahlung festgesetzten Zeitpunkt durch Einschreiben zur Kenntnis gebracht.

Eine Aktie, die nicht den ordnungsmäßigen Vermerk enthält, daß die fälligen Zahlungen geleistet worden sind, ist nicht mehr übertragbar. Außerdem wird für sie keinerlei Dividende gezahlt.

Die Inhaber, die Zwischenübernehmer und die Zeichner haften gemäß Artikel 52 der vereinheitlichten Gesetze über die Handelsgesellschaften gesamtschuldnerisch für den gezeichneten Betrag.

Bei Nichtzahlung des für die Aktien fälligen Betrages zu den nach Maßgabe des Vorstehenden festgesetzten Zeitpunkten wird für jeden Tag des Verzugs ein Zins auf der Grundlage von 7 % je Jahr erhoben, ohne daß dazu eine Klage nötig wäre.

Werden die für die Aktien fälligen Beträge nicht innerhalb der bei der Aufforderung zur Einzahlung gesetzten Frist eingezahlt, so kann die Gesellschaft acht Tage nach Zusendung eines Einschreibens an den säumigen Aktionär, in dem letzterem eine Frist zur Zahlung der von ihm an Kapital und Zinsen geschuldeten Beträge gesetzt wird, mitteilen, daß sie die Aktien verkaufen wird, für welche die geforderten Zahlungen nicht geleistet worden sind.

Vierzehn Tage nach dieser Mitteilung, die die Übertragung der Aktien hindert, darf der Verwaltungsrat, dem zu diesem Zweck alle Befugnisse gegeben werden, ohne weitere Aufforderung oder Formalität die Aktien, bei denen der Inhaber seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen ist, so verkaufen, als wären die fälligen Zahlungen geleistet worden. Dieser Verkauf erfolgt im ganzen oder einzeln — auch nach und nach — auf Rechnung und Gefahr der rückständigen Zahler auf einer Versteigerung durch Vermittlung eines Kursmaklers auf der Grundlage eines von der Gesellschaft festgesetzten geringsten Gebots, das unbegrenzt herabgesetzt werden kann.

Der Nettoverkaufserlös fließt voll und ganz der Gesellschaft zu und wird auf den Betrag angerechnet, den ihr der säumige Aktionär an Kapital und Zinsen schuldet, wobei letzterer für den Fehlbetrag zahlungspflichtig bleibt bzw. den Überschuß erhält.

Die Gesellschaft kann ferner vor, während oder nach dem Verkauf eine persönliche Klage gegen den Aktionär und seine Bürgen erheben.

Artikel 9

Die Aktien müssen auch nach ihrer völligen Einzahlung auf den Namen lauten.

Am Gesellschaftssitz wird ein Aktienbuch geführt, das jeder Aktionär einsehen kann.

Artikel 10

Die Übertragung der Aktien ist nur an natürliche oder juristische Personen zulässig, die zuvor vom Verwaltungsrat anerkannt worden sind; dieser braucht eine etwaige Weigerung nicht zu begründen.

Artikel 11

Die Aktien sind gegenüber der Gesellschaft unteilbar.

Befindet sich eine Aktienurkunde im Besitz mehrerer Personen, so ist die Gesellschaft berechtigt, die Ausübung der damit verbundenen Rechte so lange auszusetzen, bis eine einzige Person bezeichnet worden ist, die ihr gegenüber als Besitzer der Aktienurkunde auftritt.

Artikel 12

Jede Aktie begründet einen Anspruch auf das Gesellschaftsvermögen, der dem Teilbetrag des Grundkapitals entspricht, der auf die Aktie entfällt.

Gemäß Artikel 43 begründet sie außerdem einen Anspruch auf einen Teil der Gewinne.

Die mit der Aktie verbundenen Rechte und Pflichten begleiten die Aktienurkunde, gleichgültig, in wessen Hände sie übergeht. Der Besitz einer Aktie schließt automatisch die Billigung der Satzung der Gesellschaft und der Beschlüsse der Hauptversammlung ein.

Die Erben, Rechtsnachfolger oder Gläubiger eines Aktionärs können mit keiner Begründung die Anlegung von Siegeln auf Vermögensgegenstände oder Urkunden der Gesellschaft beantragen, die Teilung oder Auflösung des Gesellschaftsvermögens verlangen oder auf irgendeine Weise in die Rechtsgeschäfte ihrer Geschäftsführung eingreifen. Bei der Ausübung ihrer Rechte müssen sie von der Bilanz und von den Beschlüssen der Hauptversammlung ausgehen.

Artikel 13

Die Aktionäre haften nur in Höhe des von ihnen gezeichneten Betrages. Darüber hinaus ist jede Einforderung von Geldern untersagt.

Artikel 14

Vorbehaltlich der etwaigen Anwendung von Artikel 101b der vereinheitlichten Gesetze über die Handelsgesellschaften kann die Gesellschaft jederzeit durch einfachen Beschluß des Verwaltungsrats im Rahmen der für die Verwirklichung des Gesellschaftszwecks nötigen Mittel Pfandbriefe oder sonstige Schuldverschreibungen ausgeben.

KAPITEL III

GESCHÄFTSFÜHRUNG, LEITUNG

Artikel 15

Die Gesellschaft wird von einem Verwaltungsrat geleitet, dem eine zwischen vier und sechzehn liegende gerade Zahl von Verwaltungsratsmitgliedern angehört, die von der Hauptversammlung der Aktionäre bestellt und abberufen werden.

Artikel 16

Für jedes Verwaltungsratsmitglied und für jeden Gesellschaftsprüfer muß als Vorzugsrecht und als Garantie für die Erfüllung seines Auftrags eine Aktie der Gesellschaft zugewiesen werden.

Diese Zuweisung läßt der Inhaber der genannten Aktien im Aktienbuch vermerken. Eine Befreiung von dieser Sicherheitsleistung ist nur auf Grund eines von der ordentlichen Hauptversammlung nach Genehmigung der Bilanz des Geschäftsjahres, in dem die Funktionen eines Verwaltungsratsmitglieds bzw. eines Gesellschaftsprüfers zu Ende gingen, in einer Sonderabstimmung gefaßten Beschlusses möglich.

Artikel 17

Die Amtsdauer der Verwaltungsratsmitglieder beträgt sechs Jahre (wobei ein Jahr jeweils die Zeitspanne zwischen zwei aufeinanderfolgenden ordentlichen Jahreshauptversammlungen ist), vorbehaltlich folgender Bestimmungen:

Der erste Verwaltungsrat bleibt bis zu der ordentlichen Hauptversammlung im Amt, die über den Jahresabschluß des fünften Geschäftsjahres entscheidet und den Verwaltungsrat in seiner Gesamtheit neu wählt.

Danach wird der Verwaltungsrat in jeder ordentlichen Jahreshauptversammlung auf der Grundlage einer nach Maßgabe der Zahl der tätigen Verwaltungsratsmitglieder festgesetzten Zahl von Verwaltungsratsmitgliedern neu gewählt. Diese Neuwahl erfolgt jedes Jahr oder alle zwei Jahre, wobei gegebenenfalls ein Wechsel stattfindet, so daß sie möglichst gleichmäßig und auf jeden Fall in jedem Zeitraum von sechs Jahren vollständig ist.

Anfangs wird die Reihenfolge des Ausscheidens im Verwaltungsrat ausgelost. Ist der turnusmäßige Wechsel einmal eingespielt, so erfolgt die Neuwahl nach Maßgabe des Amtsalters. Die Amtsdauer jedes Verwaltungsratsmitglieds beträgt sechs Jahre.

Jedes ausscheidende Mitglied ist erneut wählbar.

Artikel 18

Wird die Stelle eines Verwaltungsratsmitglieds in der Zeitspanne zwischen zwei ordentlichen Hauptversammlungen frei, so kann der Verwaltungsrat vorläufig für eine Neubesetzung sorgen.

Die Hauptversammlung nimmt dann in ihrer nächsten Sitzung die endgültige Wahl vor. Ein an Stelle eines anderen bestelltes Verwaltungsratsmitglied ist nur für die Amtszeit seines Vorgängers im Amt.

Werden die vorläufig bestellten Verwaltungsratsmitglieder von der Hauptversammlung nicht gewählt, so bleiben die vom Verwaltungsrat gefaßten Beschlüsse und getätigten Rechtsgeschäfte gleichwohl gültig.

Artikel 19

Der Verwaltungsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertretenden Vorsitzenden, die für die Gesamtdauer ihres Mandats als Verwaltungsratsmitglied gewählt werden können, vorbehaltlich der Fälle eines freiwilligen Ausscheidens und einer Abberufung.

Bei Abwesenheit des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden bestimmt der Verwaltungsrat ein anwesendes Mitglied zum Vorsitzenden der jeweiligen Sitzung.

Der Verwaltungsrat bezeichnet auch die natürliche oder juristische Person, die als Schriftführer fungieren soll und die nicht aus den Reihen der Aktionäre ausgewählt zu werden braucht.

Artikel 20

So oft das Interesse der Gesellschaft dies erfordert, tritt der Verwaltungsrat auf Einladung seines Vorsitzenden oder eines Drittels seiner Mitglieder am Gesellschaftssitz oder in jeder anderen Räumlichkeit zusammen, die im Einberufungsschreiben genannt wird; in diesem ist auch kurz die Tagesordnung der Sitzung anzugeben.

Die Verwaltungsratsmitglieder sind berechtigt, über vorher festgelegte Fragen schriftlich abzustimmen. Sie können sich außerdem in jeder Sitzung von einem ihrer Amtskollegen vertreten lassen, den sie dazu in einem Schreiben oder in einem Fernschreiben ermächtigen können. Ein Verwaltungsratsmitglied kann aber nur einen einzigen seiner Amtskollegen als Bevollmächtigter vertreten.

Für eine gültige Beschlußfassung muß mindestens die Hälfte der amtierenden Verwaltungsratsmitglieder anwesend oder vertreten sein, wobei auf jeden Fall mindestens zwei Verwaltungsratsmitglieder persönlich anwesend sein müssen.

Beschlüsse werden mit der Mehrheit der Stimmen der anwesenden oder vertretenen Verwaltungsratsmitglieder gefaßt. Beschlüsse über die Anlage der verfügbaren Summen, über die Genehmigung von Krediten, Vorschüssen und Bürgschaften, über Darlehen durch Eröffnung eines Kredits usw., über die Einzelheiten der Abwicklung der Darlehen, über Aufträge für mehr als fünfzig Millionen Franken, über den Erwerb und den Austausch von Vermögensgegenständen und Liegenschaftsrechten sowie den Verkauf der für unnötig gehaltenen Vermögensgegenstände, über die Gründung einer Gesellschaft oder die Einbringung von Vermögensgegenständen in eine andere Gesellschaft sind nur gültig, wenn sie mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen der anwesenden oder vertretenen Mitglieder gefaßt werden.

Jedes Verwaltungsratsmitglied besitzt eine Stimme, es sei denn, es vertritt einen seiner Kollegen; im letztgenannten Fall verfügt es über zwei Stimmen. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Sitzungsvorsitzenden den Ausschlag. Falls der Verwaltungsrat auf Grund der Zahl der amtierenden Verwaltungsratsmitglieder bei Anwesenheit von nur zwei seiner Mitglieder gültige Beschlüsse fassen kann und sich kein anderes Verwaltungsratsmitglied vertreten läßt, müssen die Beschlüsse jedoch einstimmig gefaßt werden.

Die Begründetheit der Zahl der amtierenden Verwaltungsratsmitglieder und ihrer Bestellung sowie der Befugnisse der von ihnen abwesenden Kollegen bevollmächtigten Verwaltungsratsmitglieder ergibt sich gegenüber Dritten hinlänglich aus der im Sitzungsprotokoll und in den Auszügen daraus enthaltenen Angaben der Namen sowohl der anwesenden oder vertretenen als auch der abwesenden und nicht vertretenen Verwaltungsratsmitglieder.

Artikel 21

Die Beschlüsse des Verwaltungsrats werden in Protokollen niedergelegt, die zu einem Sonderregister gebunden und vom Sitzungsvorsitzenden sowie vom Schriftführer oder von zwei Verwaltungsratsmitgliedern unterzeichnet werden.

Jeder Auszug oder jede Abschrift trägt zu ihrer Gültigkeit die Unterschrift von zwei Verwaltungsratsmitgliedern, die an der Sitzung teilgenommen haben oder nicht.

Artikel 22

Der Verwaltungsrat verfügt über die weitreichendsten Befugnisse zur Durchführung aller Veräußerungs- und Verwaltungsgeschäfte, die die Gesellschaft betreffen. Er ist für alle Geschäfte zuständig, die nicht ausdrücklich auf Grund des Gesetzes oder der Satzung der Hauptversammlung oder dem Generalrat vorbehalten sind.

Artikel 23

In Anwendung von Artikel 22 kann der Verwaltungsrat aus seiner Mitte oder von außerhalb einen Vorstand wählen, dessen Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden er bestellt. Er setzt die Befugnisse des Vorstands und gegebenenfalls die Bezüge der Vorstandsmitglieder fest.

Er kann auch die laufenden Geschäfte der Gesellschaft einem oder zwei mit der Durchführung der Beschlüsse des Verwaltungsrats beauftragten Verwaltungsratsmitgliedern übertragen, die Leitung der Gesellschaft einem oder mehreren aus seiner Mitte gewählten Direktoren, seien sie Aktionäre oder nicht, anvertrauen und jedem Bevollmächtigten bestimmte Sonderbefugnisse übertragen.

Artikel 24

Alle vom Verwaltungsrat beschlossenen oder genehmigten Rechtsgeschäfte betreffend die Gesellschaft werden entweder vom Vorsitzenden des Verwaltungsrats oder von dessen Stellvertreter oder von zwei Verwaltungsratsmitgliedern unterzeichnet, die gegenüber Dritten einen vorangegangenen Beschluß des Verwaltungsrats nicht zu rechtfertigen brauchen, oder aber von einem Bevollmächtigten, der hierzu von dem einen oder von dem anderen oder vom Verwaltungsrat ermächtigt wurde.

Artikel 25

Der Vorsitzende und die anderen Verwaltungsratsmitglieder haften für die Ausübung ihres Mandats unter den sich aus den geltenden Rechtsvorschriften ergebenden Voraussetzungen.

Artikel 26

Die Verwaltungsratsmitglieder können eine Vergütung erhalten, deren von der Hauptversammlung festgesetzte Höhe bis zu einem neuen Beschluß dieser Versammlung unverändert bleibt und die der Verwaltungsrat in angemessener Weise unter seine Mitglieder verteilt.

Außerdem können die mit einer Sonderaufgabe betrauten Verwaltungsratsmitglieder eine besondere Vergütung erhalten, deren Höhe vom Verwaltungsrat festgesetzt wird.

KAPITEL IV

ÜBERWACHUNG

Artikel 27

Die Überwachung der Gesellschaft wird gemäß den durch die geltende Gesetzgebung festgesetzten Bedingungen einer gleichen Zahl von Gesellschaftsprüfern, seien sie Aktionäre oder nicht, anvertraut, die von der Hauptversammlung bestellt und abberufen werden.

Die Versammlung der Gesellschaftsprüfer bestimmt durch Los die Reihenfolge des Ausscheidens ihrer Mitglieder in der Weise, daß kein Mandat sechs Jahre überschreitet.

Die Gesellschaftsprüfer können wiedergewählt werden.

Sie können die Hauptversammlung einberufen.

Ein Gesellschaftsprüfer kann, sofern er die durch die geltenden Rechtsvorschriften zu diesem Zweck vorgesehenen Voraussetzungen erfüllt, im Falle des Todes, des Ausscheidens, der Weigerung oder der Verhinderung des anderen oder der anderen Gesellschaftsprüfer alleine handeln.

Die Vergütung der Gesellschaftsprüfer besteht aus einem festen Betrag, der zu Beginn und für die Dauer ihres Mandats von der Hauptversammlung festgesetzt wird. Sie kann mit Zustimmung der Parteien geändert werden.

KAPITEL V

HAUPTVERSAMMLUNG

1. Gemeinsame Bestimmungen betreffend die ordentliche und außerordentliche Hauptversammlung

Artikel 28

Die Aktionäre halten jedes Jahr in Brüssel am Gesellschaftssitz oder an dem in den Einberufungen genannten Ort am letzten Werktag im Juni um fünfzehn Uhr eine Hauptversammlung ab, und zwar zum ersten Mal im Jahre neunzehnhundertsiebzig.

Der Verwaltungsrat oder die Versammlung der Gesellschaftsprüfer können außergewöhnliche Hauptversammlungen einberufen. Außerdem sind sie verpflichtet, die Hauptversammlung binnen einem Monat einzuberufen, wenn Aktionäre, deren Anteile mindestens ein Fünftel des Grundkapitals darstellen, einen diesbezüglichen Antrag stellen.

Die Hauptversammlungen werden mindestens vierzehn Tage vorher durch eingeschriebene Briefe an die

Aktionäre, die alle namentlich bekannt sind, einberufen. Diese Einberufungsfrist kann auf acht Tage herabgesetzt werden, wenn es sich um außerordentliche Hauptversammlungen oder um eine zweite Einberufung handelt.

In den Einberufungsschreiben muß kurz die Tagesordnung der Sitzung angegeben werden.

Artikel 29

Aktionäre, die seit mindestens fünf Tagen vor einer Versammlung Aktien besitzen, können an dieser Versammlung ohne vorherige Förmlichkeit teilnehmen oder können sich vertreten lassen.

Niemand darf auf der Versammlung einen Aktionär vertreten, wenn er nicht selbst Mitglied dieser Versammlung oder der gesetzliche Vertreter eines Versammlungsmitglieds ist.

Die Gesellschaften werden durch jeden zu diesem Zweck ermächtigten Bevollmächtigten rechtsgültig vertreten, ohne daß der besagte Vertreter selbst Aktionär dieser Gesellschaft zu sein braucht.

Die Form der Vollmacht wird von dem Organ bestimmt, das die Versammlung einberuft.

Artikel 30

Die (ordentliche und außerordentliche) Hauptversammlung setzt sich aus allen Aktionären zusammen, ungeachtet der Zahl ihrer Aktien, aber unter der Voraussetzung, daß die eingeforderten Beträge auf diese Aktien eingezahlt worden sind.

Artikel 31

Bei allen (ordentlichen und außerordentlichen) Hauptversammlungen wird das Stimmrecht nach dem durch die Aktien dargestellten Anteil am Grundkapital ausgeübt, wobei vorbehaltlich des Artikels 74 Absatz 5 und des Artikels 76 der vereinheitlichten Gesetze über die Handelsgesellschaften auf jede Aktie mindestens eine Stimme entfällt.

Artikel 32

In der Hauptversammlung wird der Vorsitz vom Vorsitzenden des Verwaltungsrats, in dessen Abwesenheit vom stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrats und in dessen Abwesenheit von einem vom Verwaltungsrat zu diesem Zweck beauftragten Verwaltungsratsmitglied wahrgenommen.

Die Aufgaben des Stimmzählers werden von zwei von der Versammlung auf Vorschlag ihres Vorsitzenden gewählten Aktionären wahrgenommen, die anwesend und hiermit einverstanden sind.

Der Vorsitzende bestimmt den Schriftführer, der nicht Aktionär zu sein braucht.

Es wird ein Teilnehmerverzeichnis aufgestellt, in dem die Namen der anwesenden oder vertretenen Aktionäre sowie der Betrag der von ihnen vertretenen Aktien angegeben werden. Dieses Verzeichnis, das von den anwesenden Aktionären sowie von den Bevollmächtigten der vertretenen Aktionäre ordnungsgemäß am Rande abgezeichnet und von den Mitgliedern des Sekretariats bestätigt wird, wird der Niederschrift der Hauptversammlung als Anlage beigefügt.

Artikel 33

Die Tagesordnung wird vom Verwaltungsrat, wenn er die Einberufung veranlaßt hat, oder aber, wenn die Gesellschaftsprüfer die Versammlung einberufen haben, von diesen aufgestellt.

Auf die Tagesordnung werden nur Vorschläge des Verwaltungsrats oder der Gesellschaftsprüfer oder von Aktionären gesetzt, deren Aktien mindestens ein Fünftel des Grundkapitals darstellen, sofern sie der Gesellschaft ihre Vorschläge mindestens sechs Tage vor Einberufung der Versammlung mitgeteilt haben.

Es können nur Fragen erörtert werden, die auf die Tagesordnung gesetzt wurden.

Artikel 34

Über die Beschlüsse der Hauptversammlung werden Niederschriften angefertigt, die zu einem Sonderregister gebunden und vom Vorsitzenden, vom Schriftführer und von den Stimmzählern sowie auf Antrag von jedem Aktionär unterzeichnet werden.

Die Abschriften oder Auszüge dieser Niederschriften, die vor Gericht oder anderswo vorzulegen sind, werden vom Vorsitzenden oder von zwei Verwaltungsratsmitgliedern rechtsgültig beglaubigt.

Nach der Auflösung der Gesellschaft und während ihrer Abwicklung werden diese Abschriften oder Auszüge von den oder von einem der Abwickler unterzeichnet.

Artikel 35

Die ordnungsgemäß eingesetzte Hauptversammlung stellt die Gesamtheit der Aktionäre dar.

Die gemäß dem Gesetz und gemäß der Satzung von der Versammlung gefaßten Beschlüsse sind für alle Aktionäre, auch abwesende oder nicht zustimmende, verbindlich.

Sofern die Hauptversammlung nicht etwas anderes beschließt, werden die Beschlüsse mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen durch Handaufheben oder mit Namensaufruf gefaßt.

Der Verwaltungsrat kann jede jährliche oder außerordentliche Hauptversammlung sofort um höchstens drei Wochen vertagen. Durch diese Vertagung wird jeder gefaßte Beschluß nichtig.

2. Ordentliche Hauptversammlung

Artikel 36

Um beschlußfähig zu sein, muß sich die (jährliche oder außerordentliche) Hauptversammlung aus einer Zahl von Aktionären zusammensetzen, deren Aktien mindestens ein Viertel des Grundkapitals darstellen. Diese Beschlußfähigkeit wird auf der Grundlage aller das Grundkapital darstellenden Aktien abzüglich derjenigen Aktien berechnet, mit denen auf Grund der Rechts- und Verwaltungsvorschriften kein Stimmrecht verbunden ist.

Wird das zur Beschlußfähigkeit erforderliche Viertel nicht erreicht, wird die Hauptversammlung nach den in Artikel 28 genannten Bedingungen erneut einberufen.

Bei dieser zweiten Einberufung ist die Hauptversammlung ungeachtet der Zahl der vertretenen Aktien beschlußfähig, doch dürfen die Beschlüsse nur die auf die Tagesordnung der ersten Einberufung gesetzten Fragen betreffen.

Artikel 37

Die Beschlüsse der ordentlichen Hauptversammlung werden mit der Stimmenmehrheit der anwesenden oder vertretenen Mitglieder gefaßt, wobei jedes Mitglied über eine nach Artikel 31 berechnete Anzahl von Stimmen verfügt.

Die Aktionäre, die sich der Stimme enthalten, werden bei der Abstimmung nicht berücksichtigt.

Artikel 38

Die ordentliche (jährliche oder außerordentliche) Hauptversammlung nimmt den Bericht des Verwaltungsrats über die Geschäfte der Gesellschaft entgegen; sie nimmt außerdem die Berichte der Abschlußprüfer entgegen.

Sie erörtert und genehmigt den Jahresabschluß; sie setzt die zu verteilenden Dividenden fest.

Sie bestellt die Verwaltungsratsmitglieder und Abschlußprüfer.

Sie hat die weitreichendsten Befugnisse zur Durchführung oder Genehmigung aller die Gesellschaft betreffenden Rechtsgeschäfte, welche auf ihrer Tagesordnung stehen.

Wenn der Beschluß über die Genehmigung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung nicht nichtig sein soll, muß ihm der Bericht der Gesellschaftsprüfer vorangehen.

3. Außerordentliche Hauptversammlung

Artikel 39

Die außerordentliche Hauptversammlung ist nur beschlußfähig, wenn ihr Gegenstand in der Einberufung

besonders aufgeführt wurde und auf ihr mindestens die Hälfte des Grundkapitals vertreten ist.

Ist diese Voraussetzung nicht erfüllt, wird eine zweite Versammlung einberufen, die unabhängig von der Höhe des von den anwesenden oder vertretenen Aktionären dargestellten Kapitalanteils beschlußfähig ist.

In beiden Fällen ist ein Beschluß nur gültig, wenn er mit der Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen gefaßt wird.

Artikel 40

Bei einer Satzungsänderung finden vorbehaltlich genteiliger zwingender Rechtsvorschriften die Bestimmungen des Artikels 39 Anwendung; doch ist der Beschluß nur gültig, wenn er mit der Dreiviertelmehrheit der abgegebenen Stimmen gefaßt wird.

KAPITEL VI

INVENTAR, GEWINNVERTEILUNG

Artikel 41

Das Geschäftsjahr beginnt am 1. Januar und endet am 31. Dezember. Das erste Geschäftsjahr erstreckt sich ausnahmsweise auf die Zeit seit der Gründung der Gesellschaft bis zum 31. Dezember 1969.

Artikel 42

Es wird jährlich gemäß den geltenden Rechtsvorschriften ein Inventar der Aktiva und Passiva der Gesellschaft aufgestellt. In diesem Inventar werden auf die verschiedenen Posten des Gesellschaftsvermögens die vom Verwaltungsrat zu bewertenden Abschreibungen vorgenommen.

Der Verwaltungsrat stellt außerdem eine Bilanz sowie eine Gewinn- und Verlustrechnung auf und legt den Aktionären einen Bericht über die Lage der Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr vor.

Das Inventar, die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung werden den Gesellschaftsprüfungen spätestens einen Monat vor der Hauptversammlung zur Verfügung gestellt. Sie werden der Hauptversammlung vorgelegt.

Auf dieser Versammlung unterbreiten die Gesellschaftsprüfer einen Bericht mit ihren Bemerkungen und Vorschlägen.

Artikel 43

Der Ertrag der Gesellschaft stellt abzüglich der allgemeinen Kosten, der Soziallasten, der Abschreibungen auf das Gesellschaftsvermögen und der Rückstellungen den Reingewinn dar.

Aus diesem Reingewinn wird folgendes bereitgestellt:

1. 5 % zur Bildung der gesetzlichen Rücklage. Diese Einstellung ist nicht mehr obligatorisch, sobald die

Rücklage 10 % des Grundkapitals erreicht hat. Sie wird erneut vorgenommen, wenn die Rücklage weniger als ein Zehntel des Kapitals beträgt.

2. Der Betrag, der notwendig ist, um den Aktionären als erste Dividende 5 % der auf ihre Aktien eingeforderten und geleisteten, aber noch nicht erstatteten Einlagen zu zahlen, ohne daß die Aktionäre eine Inanspruchnahme der Gewinne der folgenden Jahre verlangen können, falls der Gewinn eines Jahres diese Zahlung nicht ermöglicht.

Die ordentliche Hauptversammlung kann auf Vorschlag des Verwaltungsrats über die Verwendung des verbleibenden Gewinnes beschließen.

Die Verteilung erfolgt jährlich am Gesellschaftssitz zu den vom Verwaltungsrat angegebenen Zeiten.

KAPITEL VII

AUFLÖSUNG, ABWICKLUNG

Artikel 44

Nach Ablauf der Zeit, für die die Gesellschaft gegründet wurde, oder im Falle ihrer vorherigen Auflösung, aus welchem Grunde und zu welchem Zeitpunkt auch immer, regelt die Hauptversammlung auf Vorschlag des Verwaltungsrats das Abwicklungsverfahren und bestellt einen oder mehrere Abwickler, deren Befugnisse und Vergütung sie festsetzt.

Mit der Bestellung der Abwickler erlöschen die Befugnisse der Verwaltungsratsmitglieder und der Gesellschaftsprüfer.

Die ordnungsgemäß eingesetzte Hauptversammlung behält während der Abwicklung dieselben Rechte wie während des Bestehens der Gesellschaft; sie genehmigt insbesondere die Schlußrechnung, sie entlastet die Abwickler und beschließt über alle Gesellschaftsangelegenheiten. Der Vorsitz in der Hauptversammlung wird von einem der Abwickler wahrgenommen; sind die Abwickler abwesend oder verhindert, wählt die Versammlung ihren Vorsitzenden selbst.

Aufgabe der Abwickler ist, auch auf gütlichem Wege das Vermögen der Gesellschaft in Geld umzusetzen und ihre Verbindlichkeiten zu begleichen. Zu diesem Zweck verfügen sie vorbehaltlich der Beschränkungen, die die Hauptversammlung ihnen auferlegen kann, auf Grund ihrer Eigenschaft über die weitreichendsten Befugnisse, um unter anderem Geschäfte vorzunehmen, Vergleiche zu schließen, Sicherheiten jeder Art — auch hypothekarische — zu leisten und Klagerücknahmen oder Aufhebungen zuzustimmen, sei es gegen Zahlung oder nicht. Außerdem können sie auf Grund eines Beschlusses der außerordentlichen Hauptversammlung die Gesamtheit oder einen Teil der Vermögensgegenstände, Forderungen und Verbindlichkeiten der aufgelösten Gesellschaft in eine andere Gesellschaft einbringen oder der Übertragung dieser

Vermögensgegenstände, Forderungen und Verbindlichkeiten auf eine Gesellschaft oder irgendeine andere Person zustimmen.

Nach Begleichung der Verbindlichkeiten der Gesellschaft wird der Nettoerlös der Abwicklung zunächst dazu verwendet, den Aktionären den auf ihre Aktien eingeforderten und eingezahlten, aber noch nicht erstatteten Betrag zurückzuzahlen. Der verbleibende Erlös wird auf alle Aktien verteilt.

KAPITEL VIII

STREITIGKEITEN

Artikel 45

Alle Streitigkeiten, die hinsichtlich der Geschäfte der Gesellschaft während des Bestehens der Gesellschaft oder ihrer Abwicklung entweder zwischen den Aktionären und der Gesellschaft oder zwischen den Aktionären selbst entstehen können, werden nach dem Gesetz entschieden und unterliegen der Rechtsprechung der am Gesellschaftssitz zuständigen Gerichte.

Bei einer Streitigkeit muß daher jeder Aktionär seine Zustellungsanschrift am Ort des Gesellschaftssitzes wählen, und alle Ladungen oder Zustellungen werden regelmäßig an diese Anschrift gerichtet.

KAPITEL IX

ÜBERGANGSBESTIMMUNGEN

Artikel 46

Wird diese Gesellschaft als gemeinsames Unternehmen im Sinne des Vertrages zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft errichtet, unterliegt sie für die Dauer ihres Bestehens als gemeinsames Unternehmen den Bestimmungen dieses Vertrages, den zur Anwendung des Vertrages erlassenen Vorschriften und insbesondere der Entscheidung des Rates von Euratom, durch die sie als gemeinsames Unternehmen errichtet wird.

Insbesondere gilt folgendes :

— Satzungsänderungen können erst in Kraft treten, nachdem sie gemäß Artikel 50 des Vertrages durch den Rat von Euratom gebilligt worden sind ;

— gemäß Artikel 171 Absatz 3 des Vertrages übermittelt der Verwaltungsrat die Gewinn- und Verlustrechnung sowie die Bilanz dieser Gesellschaft für jedes abgelaufene Geschäftsjahr binnen einem Monat nach ihrer Genehmigung durch die Hauptversammlung der Gesellschaft der Kommission der Europäischen Gemeinschaften zur Weiterleitung an den Rat und an die Versammlung von Euratom. Voranschläge für die Einnahmen und Ausgaben werden nach demselben Verfahren spätestens einen Monat vor Beginn des Geschäftsjahres übermittelt.

Vorbehaltlich der Bestimmungen dieses Artikels unterliegt die Gesellschaft dem belgischen Gesetz über die Aktiengesellschaft.

Artikel 47

Zur Veröffentlichung dieser Satzung sowie aller Rechtsgeschäfte und Niederschriften im Zusammenhang mit der Gründung der Gesellschaft und zur Erledigung aller gesetzlichen Förmlichkeiten werden dem Inhaber von Abschriften oder Auszügen dieser Schriftstücke alle notwendigen Befugnisse gegeben.

Artikel 48

Eine Hauptversammlung, die ohne vorherige Einberufung oder Tagesordnung stattfindet, bestimmt unmittelbar nach der Gründung der Gesellschaft die ursprüngliche Zahl der Verwaltungsratsmitglieder und der Gesellschaftsprüfer, nimmt ihre Bestellung vor, setzt gegebenenfalls ihre Bezüge fest und kann nach Maßgabe der Satzung über alle anderen Fragen beschließen.

Artikel 49

Die Parteien erklären, daß sich die Kosten, Ausgaben, Vergütungen oder Lasten, die — in welcher Form auch immer — die Gesellschaft für ihre Gründung zu tragen hat, auf etwa 2 700 000 Franken belaufen.

ENTSCHEIDUNG DES RATES

vom 26. November 1974

**über die Gewährung von Vergünstigungen an das gemeinsame Unternehmen
Société belgo-française d'énergie nucléaire mosane (SEMO)**

(74/591/Euratom)

**DER RAT DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —**

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 48,

nach Stellungnahme der Kommission,

nach Kenntnisnahme von dem Bericht der Kommission,

auf Vorschlag der Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Ziel der Société belgo-française d'énergie nucléaire mosane (SEMO), die durch Entscheidung des Rates vom 26. November 1974 für die Dauer von 25 Jahren als gemeinsames Unternehmen errichtet wurde, ist es, bei Tihange in der Provinz Lüttich, Belgien, ein Kernkraftwerk mit einer elektrischen Leistung von 870 MW zu bauen, einzurichten und zu betreiben.

Die genannte Gesellschaft hat die Gewährung bestimmter Vergünstigungen gemäß Anhang III des Vertrages beantragt.

Die Errichtung des Kraftwerks Tihange führt zur Schaffung gemeinsamer belgisch-französischer Einrichtungen sowohl auf der Ebene der Stromerzeuger, die die Rolle des Bauherrn und den gemeinsamen Betrieb des Kraftwerks übernehmen, als auch auf der Ebene der mit der Bauausführung beauftragten Unternehmen.

Durch die Erstellung des Kraftwerks wird auf belgischem Staatsgebiet der Aufbau des für die Integration der Kraftwerke hoher Leistung erforderlichen europäischen 380-kV-Netzes beschleunigt.

Die Zusammenarbeit bietet Aussicht auf günstige Folgewirkungen —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Dem gemeinsamen Unternehmen Société belgo-française d'énergie nucléaire mosane (SEMO) werden für die Dauer von 25 Jahren, vom Zeitpunkt des Wirksamwerdens dieser Entscheidung an gerechnet, die Vergünstigungen gemäß den Punkten 1, 7 und 8 des Anhangs III des Vertrages gewährt.

Artikel 2

Die in Artikel 1 genannten Vergünstigungen werden ohne Forderung einer Gegenleistung gewährt.

Artikel 3

Diese Entscheidung ist an die Mitgliedstaaten und an die Société belgo-française d'énergie nucléaire mosane (SEMO) gerichtet.

Geschehen zu Brüssel am 26. November 1974.

Im Namen des Rates

Der Präsident

J. LECANUET

ÖFFENTLICHE BAUAUFTRÄGE

(Veröffentlichung der Bekanntmachungen von öffentlichen Bauaufträgen und Konzessionen für öffentliche Bauarbeiten gemäß der Richtlinie des Rates Nr. 71/305/EWG vom 26. Juli 1971, ergänzt durch die Richtlinie des Rates Nr. 72/277/EWG vom 26. Juli 1972)

BEKANNTMACHUNGSMUSTER FÜR AUFTRÄGE**A. Offene Verfahren**

1. Name und Anschrift der Vergabestelle (Artikel 16 Buchstabe e)⁽¹⁾:
2. Verfahrensart (Artikel 16 Buchstabe b):
3. a) Ausführungsort (Artikel 16 Buchstabe c):
b) Art und Umfang der zu erbringenden Leistungen sowie wesentliche Merkmale der Arbeiten (Artikel 16 Buchstabe c):
c) Besteht der Auftrag aus mehreren Losen: Größenordnung der einzelnen Lose und Möglichkeiten, ein Angebot für ein Los, mehrere Lose oder sämtliche Lose einzureichen (Artikel 16 Buchstabe c):
d) Angaben über den Gegenstand des Auftrags, wenn dieser auch die Anfertigung von Entwürfen vorsieht (Artikel 16 Buchstabe c):
4. Etwa vorgeschriebene Ausführungsfrist (Artikel 16 Buchstabe d):
5. a) Name und Anschrift der Stelle, bei der die Verdingungsunterlagen und zusätzliche Unterlagen angefordert werden können (Artikel 16 Buchstabe f):
b) Tag, bis zu dem die vorgenannten Unterlagen angefordert werden können (Artikel 16 Buchstabe f):
c) (gegebenenfalls) Betrag und Bedingungen für die Zahlung dieses Betrages, der zu entrichten ist, um die genannten Unterlagen zu erhalten (Artikel 16 Buchstabe f):
6. a) Tag, bis zu dem die Angebote eingehen müssen (Artikel 16 Buchstabe g):
b) Anschrift der Stelle, bei der sie einzureichen sind (Artikel 16 Buchstabe g):
c) Sprache bzw. Sprachen, in denen sie abzufassen sind (Artikel 16 Buchstabe g):
7. a) Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen (Artikel 16 Buchstabe h):
b) Tag, Stunde und Ort der Öffnung (Artikel 16 Buchstabe h):
8. (gegebenenfalls) Geforderte Kautionen und Sicherheiten (Artikel 16 Buchstabe i):
9. Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die Vorschriften, in denen sie enthalten sind (Artikel 16 Buchstabe j):
10. (gegebenenfalls) Rechtsform, die der Unternehmenszusammenschluß haben muß, dem der Auftrag erteilt worden ist (Artikel 16 Buchstabe k):
11. Wirtschaftliche und technische Mindestbedingungen, die vom Unternehmer zu erfüllen sind (Artikel 16 Buchstabe l):
12. Frist, während der die Bieter an ihre Angebote gebunden sind (Artikel 16 Buchstabe m):
13. Kriterien, die bei der Auftragserteilung angewandt werden. Andere Kriterien als der niedrigste Preis werden angegeben, falls sie nicht in den Verdingungsunterlagen genannt werden (Artikel 29):
14. Andere Auskünfte:
15. Tag der Absendung der Bekanntmachung (Artikel 16 Buchstabe a):

⁽¹⁾ Die in Klammern stehenden Artikel verweisen auf die Richtlinie des Rates Nr. 71/305/EWG vom 26. Juli 1971 (ABl. Nr. L 185 vom 16. 8. 1971, S. 5).

B. Nicht offene Verfahren

1. Name und Anschrift der Vergabestelle (Artikel 17 Buchstabe a)⁽¹⁾:
2. Verfahrensart (Artikel 17 Buchstabe a):
3. a) Ausführungsort (Artikel 17 Buchstabe a):
b) Art und Umfang der zu erbringenden Leistungen sowie wesentliche Merkmale der Arbeiten (Artikel 17 Buchstabe a):
c) Besteht der Auftrag aus mehreren Losen: Größenordnung der einzelnen Lose und Möglichkeiten, ein Angebot für ein Los, mehrere Lose oder für sämtliche Lose einzureichen (Artikel 17 Buchstabe a):
d) Angaben über den Gegenstand des Auftrags, wenn dieser auch die Anfertigung von Entwürfen vorsieht (Artikel 17 Buchstabe a):
4. Etwa vorgeschriebene Ausführungsfrist (Artikel 17 Buchstabe a):
5. (gegebenenfalls) Rechtsform, die der Unternehmenszusammenschluß haben muß, dem der Auftrag erteilt worden ist (Artikel 17 Buchstabe a):
6. a) Tag, bis zu dem die Anträge auf Teilnahme eingehen müssen (Artikel 17 Buchstabe b):
b) Anschrift der Stelle, bei der sie einzureichen sind (Artikel 17 Buchstabe b):
c) Sprache bzw. Sprachen, in denen sie abzufassen sind (Artikel 17 Buchstabe b):
7. Tag, bis zu dem die Aufforderung zur Angebotsabgabe abgesandt wird (Artikel 17 Buchstabe c):
8. Auskünfte über die Lage des Unternehmens sowie wirtschaftliche und technische Mindestbedingungen, die vom Unternehmer zu erfüllen sind (Artikel 17 Buchstabe d):
9. Kriterien, die bei der Auftragserteilung angewandt werden, wenn sie in der Aufforderung zur Angebotsabgabe nicht genannt werden (Artikel 18 Buchstabe d):
10. Andere Auskünfte:
11. Tag der Absendung der Bekanntmachung (Artikel 17 Buchstabe a):

⁽¹⁾ Die in Klammern stehenden Artikel verweisen auf die Richtlinie des Rates Nr. 71/305/EWG vom 26. Juli 1971 (ABl. Nr. L 185 vom 16. 8. 1971, S. 5).

Offenes Verfahren

1. Universitätsbauamt Karlsruhe — Leitbaudienststelle — D 75 Karlsruhe 1; Engesserstraße 1, Telefon 135/3683.
2. Öffentliche Sammelausschreibung 74 S 3 nach der Verdingungsordnung für Bauleistungen — Teil A (VOB/A).
3. a) Bauvorhaben und Ausführungsorte :
 - Los 1 UBA Konstanz :
Uni Konstanz — Biologie Ost
 - Los 2 UBA Konstanz :
Uni Konstanz — Sozialwissenschaften
 - Los 3 UBA Konstanz :
Uni Konstanz — Verfügungsgebäude
 - Los 4 St. HBA Mannheim :
Mannheim Fachhochschule für Technik, Unterrichtsgebäude 1. Bauabschnitt
 - Los 5 St. HBA I Ulm AS. Biberach :
Unterrichtsgebäude für die Bereitschaftspolizei Biberach.
 - Los 6 St. HBA I Freiburg AS. Offenburg :
Unterrichtsgebäude für die Bereitschaftspolizei Lahr
 - Los 7 St. HBA Reutlingen :
Dienstgebäude für die Landespolizeidirektion Tübingen
 - Los 8 UBA Hohenheim :
Universität Hohenheim, Angewandte Biologie, 2. Bauabschnitt
 - Los 9 UBA Heidelberg :
Universität Heidelberg, Verfügungsgebäude und Hörsäle.
 - b) Zur Ausschreibung gelangen :
 - Raumtrennwände insgesamt ca. 44 500 m²
 - Abgehängte Montagedecke insgesamt ca. 43 500 m².
 - c) Eine Aufteilung in Lose nach Bauteilen und Ausführungsort bleibt vorbehalten.
 - d)
4. Montagebeginn : Mai 1975, Fertigstellung : Oktober 1976.
Die Montagezeiten sind nach Bauteilen und Ausführungsorten unterschiedlich.
5. a) Wie Ziffer 1.
b) 13. Dezember 1974, 16 Uhr (Posteingang). Nach diesem Termin eingehende Anforderungen können nicht mehr berücksichtigt werden.
c) Überweisung der Selbstkosten für die Verdingungsunterlagen in Höhe von
200 DM für Raumtrennwände,
120 DM für Montagedecken
per Postanweisung für 2 Fertigungen der Ausschreibungstexte an die Regierungsoberkasse Karlsruhe, Buchhaltung 3, Karlsruhe, Postscheckkonto 10-752, Postscheckamt Karlsruhe, mit dem Vermerk : „Sammelausschreibung 74 S 3/0613/11949, Universitätsbauamt Karlsruhe.“ Die Einzahlungsbelege sind der schriftlichen Anforderung nach 5 b) beizufügen.
6. a) 18. Februar 1974, 14 Uhr.
b) Wie Ziffer 1.
c) Deutsch.
7. a) Bieter und ihre Bevollmächtigten.
b) 18. Februar 1975, 14 Uhr, Anschrift wie Ziffer 1.
8. Bietungs- und Gewährleistungsbürgschaft in Höhe von je 5 v.H. der Angebots- bzw. Abrechnungssumme. Vertragserfüllungsbürgschaft in Höhe von 10 v.H. der Angebotssumme. Es werden nur Bürgschaften eines in der Bundesrepublik Deutschland zugelassenen Kreditversicherers oder Kreditinstituts angenommen.
9. Abschlags- und Schlußzahlungen nach der Verdingungsordnung für Bauleistungen — Teil B (VOB/B). Vorauszahlungen sind in den Verdingungsunterlagen geregelt.
11. Mit dem Angebot sind schriftlich nachzuweisen :
 - Umsatz des Bewerbers in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, unter Einschluß des Anteils bei Arbeitsgemeinschaften oder anderen gemeinschaftlichen Bietern ;
 - Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Berufsgruppen.
12. Ablauf der Zuschlagsfrist : 1. April 1975, 24 Uhr.
13. Der Zuschlag wird nach § 25 VOB/A auf das Angebot erteilt, das unter Berücksichtigung aller technischen Gesichtspunkte als das annehmbarste erscheint.
- 14.
15. 29. November 1974.

Offenes Verfahren

1. Deutsche Bundespost, Oberpostdirektion Bremen, Referat 46 S, Postbauleitung Bremerhaven, D 2850 Bremerhaven, Friedrich-Ebert-Straße 33, Tel.: 0471/20500.
2. Öffentliche Ausschreibung.
3. a) Erweiterungsbau der Hauptvermittlungsstelle in Bremerhaven, Friedrich-Ebert-Straße.
b) Ausführung von Rohbauarbeiten für etwa 40 000 m³ umbauten Raum.
Die Baumaßnahme umfaßt:
1 Kellergeschoß 4,20 m hoch,
1 Erdgeschoß 4,80 m hoch,
4 Obergeschosse 4,80 m hoch,
1 Dachaufbau 3,00 m hoch.
Zur Ausführung gelangen etwa:
14 000 m³ Bodenaushub,
7 500 m³ Sandanfüllung,
4 300 m³ Ort beton von BN 250 und 450,
28 000 m² Schalung,
600 t Betonstahl ST III K, ST IV R und Spannstahl,
1 800 m² Wannenabdichtung,
1 100 m² Wannenmauerwerk,
2 000 m³ Ort beton BN 250 der Fundamentplatte.
c)
d)
4. Von Februar 1975 bis April 1976.
5. a) 10. Dezember 1974.
b) Wie Ziffer 1.
c) Der Mitteilung ist ein Beleg über die Einzahlung des Betrages in Höhe von 65 DM zur Abgeltung der Selbstkosten für die Fertigstellung der Ausschreibungsunterlagen beizufügen.
Die 65 DM werden nicht zurückerstattet.
Überweisungen an Oberpostdirektion Bremen, 28 Bremen 1, Postscheckkonto Nr. 15 — 203, Postscheckamt Hamburg, Betr.: Fernmeldedienstgebäude, 2850 Bremerhaven, Friedrich-Ebert-Straße.
Die Ausschreibungsunterlagen werden den Bewerbern durch die Post zugestellt.
6. a) 14. Januar 1975, 11 Uhr (Eröffnungstermin).
b) Fernmeldeamt, 2850 Bremerhaven, Columbusstraße 2, Amtszimmer (in doppeltem, fest verschlossenem Umschlag).
c) Deutsch.
7. a) Bieter und ihre Bevollmächtigten.
b) Wie Ziffer 6.b).
8. Für die Vertragserfüllung und die Gewährleistung wird die Bürgschaft eines in der Bundesrepublik Deutschland zugelassenen Kreditinstituts oder Kreditversicherers in Höhe von 5 Prozent der Auftragssumme nach Aufforderung verlangt.
- 9.
- 10.
11. Dem Angebot sind folgende Nachweise beizufügen (VOB Teil A DIN 1960, Fassung Oktober 1973 § 8):
Umsatz an Bauleistungen in den letzten drei Geschäftsjahren;
die in den letzten drei Geschäftsjahren ausgeführten vergleichbaren Bauleistungen mit Angabe des Auftraggebers, der Ausführungsarten und Ausführungszeit;
Anzahl der Arbeitskräfte mit Aufgliederung nach Führungskräften und Berufsgruppen;
die für die Ausführung der zu vergebenden Leistung zur Verfügung stehende technische Ausrüstung;
die Eintragung der Firma in die Berufsregister und die gewerbepolizeiliche Anmeldung.
Der Bieter ist außerdem verpflichtet, bei der Bewerbung die Subunternehmer zu benennen, die er im Falle des Zuschlags zu beauftragen beabsichtigt. Für die Mitarbeit von Subunternehmern, die bei der Bewerbung nicht benannt werden, ist beim Auftraggeber die Genehmigung einzuholen.
12. 18. Februar 1975.
13. Der Zuschlag wird nach § 25 VOB/A auf das Angebot erteilt, das unter Berücksichtigung aller technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte als das annehmbarste erscheint.
14. Bauentwurfspläne im Maßstab 1:100 werden den Ausschreibungsunterlagen beigelegt.
Einführungspläne 1:50 liegen bei der Postbauleitung, 2850 Bremerhaven, Friedrich-Ebert-Straße, zur Einsichtnahme aus.
15. 26. November 1974.

Offenes Verfahren

1. Rijkswaterstaat, Directie Bruggen, Kon. Julianalaan 372, NL Voorburg.
Bezahlung nach Erhalt der Rechnung an die Staatsuitgeverij, Den Haag, Christoffel Plantijnstraat 1.
2. Öffentliche Ausschreibung entsprechend den einheitlichen Ausschreibungsvorschriften (Uniform Aanbestedingsreglement).
3. a) Gemeinden Dussen und Raamsdonk.
b) Verdingungsunterlagen BR 6913 : Erstellung des Unterbaus für eine zweite feste Stahlbrücke über die Bergsche Maas im Verlauf der Reichsstraße 27 bei Keizersveer mit Nebenarbeiten.
Der Auftrag umfaßt u.a. :
— Liefern und Verarbeiten von etwa :
3 000 m³ Beton für Stahlbeton ;
3 700 m² Sinkstücke einschließlich Ballaststeine ;
3 200 t Schüttsteine ;
1 800 m² Steinverkleidung aus Säulenbasalt ;
— Transport und Verarbeitung von etwa 5 300 m² Spundwänden, die vom Staat gestellt werden.
4. 52 Wochen.
5. a) Die Verdingungsunterlagen sind unter Angabe der Nr. BR 6913 ab Donnerstag, dem 12. Dezember 1974, bei der Staatsuitgeverij, Den Haag, Christoffel Plantijnstraat 1, Tel. 070 — 81 45 11, erhältlich.
Die Verdingungsunterlagen liegen ab Donnerstag, dem 12. Dezember 1974, bei folgenden Dienststellen zur Einsichtnahme aus :
— Ministerie van Verkeer en Waterstaat, Den Haag, Plesmanweg 1 ;
— Hoofddirectie van de Waterstaat, Den Haag, Koningskade 4 ;
— Rijkswaterstaat, Directie Bruggen, Kon. Julianalaan 372, Voorburg.
Auskünfte erteilt die Rijkswaterstaat, Directie Bruggen, Kon. Julianalaan 372, NL Voorburg, am Dienstag, dem 7. Januar 1975, von 10 bis 12 und von 14 bis 16 Uhr. Die Niederschrift über die erteilten Auskünfte liegt von diesem Zeitpunkt an bei dieser Stelle zur Einsichtnahme aus ; eine Kopie der Niederschrift ist dort auf Antrag kostenlos erhältlich.
6. a) Dienstag, 21. Januar 1975, bis 11 Uhr.
b) Siehe Ziffer 1.
c) Niederländisch.
7. a) Die Öffnung der Angebote erfolgt öffentlich.
b) Dienstag, den 21. Januar 1975, 11 Uhr. Anschrift siehe Ziffer 1.
- 8.
9. Vierwöchentliche Zahlung in Höhe des jeweils fälligen Betrages, nachdem eine Sicherheit in Höhe von 5 % der Verdingungssumme geleistet worden ist.
- 10.
11. Der Bieter muß auf Verlangen innerhalb einer Woche nach der zu diesem Zweck ergangenen Aufforderung seine finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und seine technische Befähigung nachweisen.
Hierzu hat er folgende Unterlagen vorzulegen :
— eine Bescheinigung darüber, daß sein Unternehmen im Berufsregister eingetragen ist ;
— eine Bankerkklärung, aus der die finanzielle Leistungsfähigkeit seines Unternehmens ersichtlich ist ;
— eine Erklärung über den Gesamtumsatz sowie den Bauumsatz seines Unternehmens während der letzten drei Geschäftsjahre ;
— eine Aufstellung der in den letzten fünf Jahren von seinem Unternehmen ausgeführten Arbeiten, der Kosten dieser Arbeiten mit Angabe des Zeitpunkts und des Ortes der Ausführung sowie des Auftraggebers.
12. 30 Tage, gerechnet vom Tag der Öffnung der Angebote an.
13. Der Bieter muß nachweisen können, daß er über Erfahrung in der Ausführung derartiger Arbeiten verfügt.
- 14.
15. 27. November 1974.

Offenes Verfahren

1. Ministère des travaux publics, Régie des bâtiments, Direction de Mons, 11, rue Verte, B 7000 Mons (Tel. 065/33 41 41).
2. Öffentliche Ausschreibung.
3. a) Provinz Hainaut (Hennegau) — Mons.
Bau einer Anstalt für Geisteskranke in vier Losen :
 1. Roh- und Ausbau,
 2. Heizungs- und Lüftungsinstallation,
 3. Personenaufzugsanlage,
 4. Lastenaufzugsanlage.
 c) Zulassung :

Los I : Kategorie D, Klasse 7 (Arbeiten von 75 000 000 bfrs bis 150 000 000 bfrs). Reicht der Bieter dieses Loses auch Angebote für die übrigen Lose ein, so muß er sich an einen Nachunternehmer wenden, der in der folgenden Kategorie bzw. Unterkategorie zugelassen ist ;

Los II : Unterkategorie D 18 oder D 19, Klasse 3 (Arbeiten von 3 000 000 bfrs bis 6 000 000 bfrs) ;

Los III : Kategorie N, Klasse 1 (Arbeiten bis 1 000 000 bfrs) ;

Los IV : Kategorie N, Klasse 1 (Arbeiten bis 1 000 000 bfrs).
- d)
4. Alle Lose müssen in Abstimmung mit dem Los 1 innerhalb von 702 Kalendertagen fertiggestellt werden.
5. a) Bureau de vente et de consultation des cahiers des charges et autres documents concernant les adjudications publiques (Büro für den Verkauf und die Einsichtnahme der Verdingungsunterlagen für öffentliche Ausschreibungen) B 1040 Brüssel, Rue du Luxembourg 49, Tel. : 02/513 14 47, Postscheckkonto 9455. Die Unterlagen können ferner bei der unter Ziffer 1 aufgeführten Dienststelle eingesehen werden, die auch Auskünfte erteilt.
 - b) 31. Dezember 1974.
 - c) Verdingungsunterlagen Nr. H 9/74 H 12 (Preis : 645 bfrs), Einschreibgebühr : 20 bfrs je Los, 59 Pläne : 3 200 bfrs. Zustellung nach Vorauszahlung.
6. a) Dienstag, 31. Dezember 1974, 11 Uhr.
b) Anschrift vgl. Ziffer 1.
c) Französisch ; die Verwendung der den Verdingungsunterlagen beigelegten Formulare ist zwingend vorgeschrieben.
7. a) Öffentlich.
b) 31. Dezember 1974, 11 Uhr, Rue Verte 11, B 7000 Mons.
8. 5 % — Geltungsdauer der Sicherheit : 1 Jahr.
9. Lohn- und Stoffpreisgleitklauseln sind vertraglich vorgesehen.
10. Gesellschaften, auch vorübergehende Unternehmenszusammenschlüsse, können sich an der Ausschreibung beteiligen.
11. Vgl. die Bestimmungen unter Ziffer 3 c).
12. 75 Kalendertage, gerechnet vom Tag der öffentlich vorgenommenen Öffnung der Angebote.
13. Zuschlag auf das niedrigste ordnungsgemäße Angebot.
14. Da während der Angebotsfrist Berichtigungen vorgenommen werden können, werden die Bieter aus Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft gebeten, spätestens 10 Tage vor Öffnung der Angebote bei der unter Ziffer 1 genannten Dienststelle die Mitteilung etwa eingetretener Änderungen zu beantragen.
15. 27. November 1974.

Offenes Verfahren

1. Ministère des travaux publics, Administration de l'électricité et de l'électromécanique — Salle de réunion (Quartier Rubens — Rez-de-chaussée), rue de la Loi 155, B 1040 Brüssel (Tel. 02/33 96 70).
2. Öffentliche Ausschreibung.
3. a) Gesamtes belgisches Staatsgebiet (unterteilt nach Regionen und Losen).
b) Wartung der Lichtsignal- und öffentlichen Beleuchtungsanlagen und der elektrischen und elektromechanischen Tunnelausrüstungen sowie Reinigung verschiedener Kunstbauwerke in der Zeit vom 1. Januar 1975 bis 31. Dezember 1977.
c) Zulassung :
Los 1.1 : Kategorie P — Klasse 5 (Leistungen von 15 000 000 bis 30 000 000 bfrs)
Los 1.2, 3.1 und 3.2 : Kategorie P — Klasse 6 (von 30 000 000 bis 75 000 000 bfrs)
Los 2.1 : Kategorie P — Klasse 7 (Leistungen von 75 000 000 bis 150 000 000 bfrs).
d)
4. Ausführungsfrist : 3 Jahre.
5. a) Bureau de vente et de consultation des cahiers des charges et autres documents concernant les adjudications publiques, rue du Luxembourg 49, B 1040 Brüssel (Tel. 02/513 14 47 — Postscheckkonto 9455). Die Unterlagen können ferner bei der unter Ziffer 1 genannten Stelle eingesehen werden, die auch Auskünfte erteilt.
b) 31. Dezember 1974.
c) Verdingungsunterlagen Nr. Y 10/74 F 85 (Preis : 610 bfrs). Einschreibgebühr : 20 bfrs je Los. Zustellung nach Vorauszahlung.
6. a) 31. Dezember 1974.
b) Anschrift siehe Ziffer 1.
c) Zweisprachig (französisch/niederländisch). Es sind die den Verdingungsunterlagen beigefügten Formblätter zu benutzen.
7. a) Öffentlich.
b) 31. Dezember 1974, 11 Uhr, rue de la Loi 155 (Sitzungssaal — Quartier Rubens, Erdgeschoß), B 1040 Brüssel.
8. Los 1.1 = 1 500 000 bfrs,
Los 1.2 = 4 250 000 bfrs,
Los 2.1 = 6 250 000 bfrs,
Los 3.1 = 4 250 000 bfrs,
Los 3.2 = 2 500 000 bfrs.
Gewährleistungsfrist : 1 Jahr.
9. Monatliche Abschlagszahlungen. Gleitklauseln für Löhne und Stoffpreise sind vorgesehen.
10. An der Ausschreibung können sich auch vorübergehende Unternehmenszusammenschlüsse beteiligen.
11. Siehe Ziffer 3 c).
12. 75 Kalendertage ab dem Eröffnungstermin.
13. Berücksichtigt wird das niedrigste ordnungsgemäße Angebot.
14. Da während der Angebotsfrist Berichtigungen vorgenommen werden können, werden Bieter aus Mitgliedstaaten der EG gebeten, spätestens 10 Tage vor dem Eröffnungstermin bei der unter Ziffer 1 genannten Stelle die Mitteilung etwaiger Änderungen zu beantragen.
15. 27. November 1974.

Offenes Verfahren

1. Fonds des routes — Direction des routes de Bruxelles-Capitale, Avenue E. Plasky 144, 8. Stock (Salle d'adjudication), B 1040 Brüssel (Tel. 02/735. 61.73 — 02/735 86 15/16).
2. Öffentliche Ausschreibung.
3. a) Stadt Brüssel.
b) Neubau einer Brücke für Lkw- und Straßenbahnverkehr neben der Van-Praet-Brücke über den Seekanal und einer daran anschließenden Straßenbahnbrücke entlang dem Quai des Usines, Anlage einer Seitenstraße entlang dem Quai des Usines und verschiedene Fahrbahnarbeiten.
c) Zulassung: Kategorie B, E oder F — Klasse 6 (Arbeiten von 30 000 000 bfrs bis 75 000 000 bfrs).
d)
4. 22 Monate.
5. a) Bureau de vente et de consultation des cahiers des charges et autres documents concernant les adjudications publiques (Büro für den Verkauf und die Einsichtnahme der Verdingungsunterlagen für öffentliche Ausschreibungen) B 1040 Brüssel, Rue du Luxembourg 49, Tel.: 02/513 14 47, Postscheckkonto 9455. Die Unterlagen können ferner bei der unter Ziffer 1 aufgeführten Dienststelle eingesehen werden, die auch Auskünfte erteilt.
b) 9. Januar 1975.
c) Verdingungsunterlagen Nr. K7/76 A 18, Preis: 820 bfrs, Einschreibgebühr: 90 bfrs, 14 Pläne: 1 445 bfrs.
Zustellung nach Vorauszahlung.
6. a) 9. Januar 1975, 11 Uhr.
b) Anschrift vgl. Ziffer 1.
c) Zweisprachig (französisch — niederländisch); die Verwendung der den Verdingungsunterlagen beigefügten Formulare ist zwingend vorgeschrieben.
7. a) Öffentlich.
b) 9. Januar 1975, 11 Uhr, 144 Avenue E. Plasky — B 1040 Brüssel.
8. 5 % — Geltungsdauer der Sicherheit: 2 Jahre.
9. Monatliche Abschlagszahlungen gemäß Baufortschritt. Lohn- und Stoffpreisgleitklauseln sind vertraglich vorgesehen.
10. Gesellschaften, auch vorübergehende Unternehmenszusammenschlüsse, können sich an der Ausschreibung beteiligen.
11. Vgl. die Bestimmungen unter Ziffer 3 c).
12. 150 Kalendertage, gerechnet vom Tag der öffentlich vorgenommenen Öffnung der Angebote.
13. Zuschlag auf das niedrigste ordnungsgemäße Angebot.
14. Da während der Angebotsfrist Berichtigungen vorgenommen werden können, werden die Bieter aus Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft gebeten, spätestens 10 Tage vor Öffnung der Angebote bei der unter Ziffer 1 genannten Dienststelle die Mitteilung etwa eingetretener Änderungen zu beantragen.
15. 27. November 1974.

Offenes Verfahren

1. Ministerie van Openbare Werken, Bestuur der Waterwegen, Dienst der Kust. Residentie „De Mast“, Ernest Feysplein 15, B 8400 Oostende, Tel. 059/50 19 61.
2. Öffentliche Ausschreibung.
3. a) Provinz West-Flandern, Ostende.
b) Hafen von Ostende. Bau eines neuen Fischereidocks, zweiter Bauabschnitt (Bau von Kaimauern und Straßenarbeiten).
c) Zulassung : Kategorie B, Klasse 7 (Arbeiten zwischen 75 000 000 bfrs und 150 000 000 bfrs).
d)
4. 24 Monate.
5. a) Kantoor voor inzage en verkoop der bestekken (Büro für die Einsichtnahme und den Verkauf der Verdingungsunterlagen), Luxemburgstraat 49, B 1040 Brüssel (Tel. 02/513 14 47 — Postscheckkonto Nr. 94.55), Weitere Auskünfte erteilt die unter Ziffer 1 genannte Dienststelle, bei der die Verdingungsunterlagen eingesehen werden können.
b) 31. Dezember 1974.
c) Verdingungsunterlagen Nr. A3./74 H82, Preis : 175 bfrs, Einschreibgebühr : 20 bfrs, 4 Pläne : 275 bfrs. Zustellung nach Vorauszahlung.
6. a) 31. Dezember 1974.
b) Anschrift vgl. Ziffer 1.
c) Niederländisch ; die Verwendung der den Verdingungsunterlagen beigefügten Formulare ist zwingend vorgeschrieben.
7. a) Öffentlich.
b) 31. Dezember 1974, 11 Uhr, Ernest Feysplein 15, B 8400 Ostende.
8. 5 % der Auftragssumme — Geltungsdauer der Sicherheit : 1 Jahr für Wasserbauarbeiten, 3 Jahre für Straßenbauarbeiten.
9. Monatliche Abschlagszahlungen gemäß Baufortschritt. Lohn- und Stoffpreisgleitklauseln sind vertraglich vorgesehen.
10. Gesellschaften, auch vorübergehende Unternehmenszusammenschlüsse, können sich an der Ausschreibung beteiligen.
11. Vgl. die Bestimmungen unter 3 c).
12. 100 Kalendertage, gerechnet vom Tag der öffentlich vorgenommenen Öffnung der Angebote.
13. Zuschlag auf das niedrigste ordnungsgemäße Angebot.
14. Da während der Angebotsfrist Berichtigungen vorgenommen werden können, werden die Bieter aus Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft gebeten, spätestens 10 Tage vor Öffnung der Angebote bei der unter Ziffer 1 genannten Dienststelle die Mitteilung etwa eingetretener Änderungen zu beantragen.
15. 27. November 1974.

Offenes Verfahren

1. Ministerie van Openbare Werken, Bestuur voor Elektriciteit en Elektromechanica, Directie Antwerpen, Frankrijklei 64-68, 5. Stock, B 2000 Antwerpen (Tel. 031/32 58 20).
2. Öffentliche Ausschreibung.
3. a) Provinz Brabant, Gemeinden Molenbeek und Lembeek.
b) Erneuerung der elektromechanischen Ausrüstung der Schleusen am Kanal Brüssel-Charleroi.
c) Zulassung: Kategorie K oder P, Klasse 7 (Arbeiten von 75 Mill. bfrs bis 150 Mill. bfrs).
d)
4. 500 Kalendertage.
5. a) Kantoor voor inzage en verkoop der bestekken (Büro für die Einsichtnahme und den Verkauf der Verdingungsunterlagen), Luxemburgstraat 49, B 1040 Brüssel (Tel. 02/513 14 47 — Postscheckkonto Nr. 94 55).
Weitere Auskünfte erteilt die in Ziffer 1 genannte Dienststelle, bei der die Verdingungsunterlagen eingesehen werden können.
b) 31. Dezember 1974.
c) Verdingungsunterlagen Nr. Y12/74 H20, Preis: 335 bfrs,
Einschreibgebühr: 20 bfrs,
22 Pläne: 1 275 bfrs.
Zustellung nach Vorauszahlung.
6. a) 31. Dezember 1974.
b) Anschrift vgl. Ziffer 1.
c) Niederländisch; die Verwendung der den Verdingungsunterlagen beigefügten Formulare ist zwingend vorgeschrieben.
7. a) Öffentlich.
b) 31. Dezember 1974, 11 Uhr, Frankrijklei 64-68, B 2000 Antwerpen.
8. 5 % der Auftragssumme — Geltungsdauer der Sicherheit: 2 Jahre je Schleuse.
9. Abschlagszahlungen nach Maßgabe der Materiallieferungen und der Fertigstellung der Schleusen.
Lohn- und Stoffpreisgleitklauseln sind vorgesehen.
10. Gesellschaften, auch vorübergehende Unternehmenszusammenschlüsse, können sich an der Ausschreibung beteiligen.
11. Vgl. die Bestimmungen unter 3 c).
12. 75 Kalendertage, gerechnet vom Tag der öffentlich vorgenommenen Öffnung der Angebote.
13. Zuschlag auf das niedrigste ordnungsgemäße Angebot.
14. Da während der Angebotsfrist Berichtigungen vorgenommen werden können, werden die Bieter aus Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft gebeten, spätestens 10 Tage vor Öffnung der Angebote bei der unter Ziffer 1 genannten Dienststelle die Mitteilung etwa eingetretener Änderungen zu beantragen.
15. 27. November 1974.

Nicht offenes Verfahren (1)

1. Stadt Ennepetal, BRD.
2. Der Auftraggeber behält sich die freie Wahl der Bieter bei der Ausschreibungsbeteiligung wie auch bei der Vergabe vor.
3. a) Ennepetal.
b) Neubau des Integrierten Jugend- und Kulturzentrums.
Nachfolgende Arbeiten werden vorbehaltlich der Bereitstellung der Finanzierungsmittel ausgeschrieben. (Gebühr für Doppel exemplar zwischen Klammern):
 - 1 Erdarbeiten
 - 2 Baugrubenverkleidungsarbeiten
 - 3 Wasserhaltungsarbeiten
 - 4 Abwasserkanalarbeiten
 - 5 Maurerarbeiten
 - 6 Beton- und Stahlbetonarbeiten
 - 9 Abdichtung gegen drückendes Wasser
 - 13 Putz- und Stuckarbeiten (1—6, 9 und 13 : 85,—)
 - 7 Betonwerksteinarbeiten (15,—)
 - 8 Stahlbauarbeiten (Trapezdach Fachwerk) (15,—)
 - 11 Dachdeckungsarbeiten
 - 12 Klempnerarbeiten (11 und 12 : 15,—)
 - 14 Fliesen- und Plattenarbeiten (10,—)
 - 15 Estricharbeiten
 - 23 Bodenbelagsarbeiten (15 und 23 : 20,—)
 - 16 Tischlerarbeiten (15,—)
 - 17 Parkettarbeiten (10,—)
 - 18 Rollverschluß- Jalous.- Verdunklungs- Markisenarbeiten (10,—)
 - 19 Metallbauarbeiten (10,—)
 - 20 Verglasungsarbeiten (10,—)
 - 21 Anstricharbeiten
 - 24 Tapezierarbeiten (21 und 24 : 20,—)
 - 25 Trockenbauarbeiten (Gipskartonwände) (15,—)
 - 27 Förderanlagen (Aufzüge) (10,—)
 - 28 Abhängendecken (20,—)
 - 29 Türelemente (10,—)
 - 30 WC-Trennwände (10,—)
 - 31 Leichtmetallbau (Fenster und Türen) (15,—)
 - 32 Schließanlage (10,—)
 - 33 Küchen (15,—)
 - 34 Fassadenelemente (Alu oder Kunstst.) (15,—)
 - 35 Beschriftung / Beschilderung (10,—)
 - 36 Garderoben (mit Aschenbecher, Bänken, Blumenkästen) (10,—)
 - 37 Bauzubehör (10,—)
 - 38 Steigendes Gestühl (10,—)
 - 39 Bühneneinrichtung (10,—)
 - 40 Projektionsanlage (10,—)
 - 41 Einbauten zur Raumveränderung (15,—)
 - 42 Vorhangschienen (10,—)
 - 44 Baureinigung (10,—)
 - 45 Sanitäre Anlage und Einrichtungen (30,—)
 - 46 Klimaanlage, Be- und Entlüftung (20,—)
 - 47 Heizungsanlage (30,—)
 - 48 Starkstromanlagen
 - 49 Hochspannungsschaltanlagen (48 und 49) : 30,—
 - 50 Schwachstromanlagen (20,—)
 - 51 Blitzschutzanlagen (10,—)
 - 52 Erd-, Platz- und Wegebauarbeiten und Dachgartenbefestigung (15,—)
 - 53 Spielplatzanlagen (10,—)
 - 54 Pflanz- und Saatarbeiten (10,—)
- c)
- d)
4. Baubeginn : Frühjahr 1975.
- 5.
6. a) 9. Dezember 1974.
b) Gegen Vorlage des quittierten Einzahlungsscheines (mit eingezahlter Gebühr einschließlich Porto an GFP — 4600 Dortmund — Konto-Nr. 19 162 der Volksbank Dortmund) unter Angabe der Nr. des Gewerkes beim Hochbauamt der Stadt Ennepetal, Baudezernat, Heinrichstraße 20a, Zimmer Nr. 8 schriftlich anzufordern. Die Schutzgebühr wird nicht zurückerstattet.
c) Deutsch.
7. 20. Dezember 1974.
8. Leistungsfähigkeit ist nachzuweisen.
9. Siehe Ziffer 2.
10. Die Zuschlags- und Bindefrist ist entgegen der VOB bis 31. August 1975
Planeinsicht und Information :
 1. Für Rohbau am 14. Januar 1975 um 9.00 — 12.00 Uhr
 2. Für Ausbau am 15. Januar 1975 um 9.00 — 12.00 Uhr und im Büro der GFP um 13.00 — 15.00 Uhr.
 Angebotsabgabe für alle Gewerbe :
bis am 17. Februar 1975 um 9.00 Uhr im Rathaus Ennepetal — Baudezernat — Heinrichstraße 20a, Zimmer 8.
Generalplaner :
GFP Gesellschaft für Planung im Bauwesen mbH, 4600 Dortmund, Am Rombergpark 15.
11. 29. November 1974.

(1) Vgl. Richtlinie des Rates Nr. 71/305/EWG Artikel 12 Absatz 3 und Artikel 15 (ABl. Nr. L 185 vom 16. 8. 1971, S. 8).

BERICHTIGUNGEN

Berichtigung der Entscheidung der Kommission 74/570/EWG vom 8. November 1974 zur Festsetzung des Mindestverkaufspreises für entbeintes Rindfleisch, für das gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 2360/74 eine Ausschreibung stattgefunden hat

(Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 312 vom 23. November 1974)

Seite 37, Artikel 1,

anstatt : „Filets 2 257
 Lenden 3 312”.

muß es heißen : „Filets 3 312
 Lenden 2 257”.

**HINWEIS FÜR DIE ABONNENTEN
DES AMTSBLATTS DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN**

Das laufende Abonnement endet am 31. Dezember 1974.

Um keine Unterbrechung in der Zustellung eintreten zu lassen, kann das Abonnement bereits jetzt zu den bei den einzelnen Vertriebsbüros geltenden Bedingungen (siehe letzte Umschlagseite dieser Ausgabe) erneuert werden.

Der Bezugspreis des Jahresabonnements 1975 beträgt 183 DM (2 500 bfrs).